



Dominoeffekt Fachkräftemangel

Pressemitteilung von Petra Sitte, 20. August 2007

Zur den heute vorab veröffentlichten Ergebnissen der Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft zum Fachkräftemangel erklärt, Petra Sitte, forschungs- und technologiepolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE:

Nach der Studie bewegt sich Fachkräftemangel im sechsstelligen Bereich. Der wirtschaftliche Schaden soll für 2007 rund 20 Milliarden Euro betragen. Diese dramatischen Zahlen muss die Bundesregierung nutzen, um auf ihrer Klausur in Meseberg ein umfassendes Ausbildungs-, Weiterbildungs- und Bildungsprogramm zu verabreden. Eine Öffnung des Arbeitsmarktes für ausländische Fachkräfte ist da kein Königsweg.

Das zeigt beispielhaft die Entwicklung im Ingenieurwesen, wo 15.000 offenen Stellen 70.000 Arbeitslose nach Angaben des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) gegenüberstehen. Hier gibt es eine offensichtliche Weiterbildungslücke. Im europäischen Vergleich liegen die Investitionen deutscher Unternehmen in ihre Arbeitnehmer seit Jahren im Abwärtstrend.

Zusammen mit einer kurzfristig angelegten Personalpolitik entsteht als Dominoeffekt ein akuter Fachkräftemangel.

Hier muss die Bundesregierung mit einer echten Weiterbildungsoffensive entgegensteuern und auch die Unternehmen in die Pflicht nehmen. Angesichts nicht ausgeschöpfter Mittel aus öffentlichen Weiterbildungsprogrammen muss gezielt für Bildungsmaßnahmen geworben werden.

Die ebenfalls vom Bund beauftragte Studie des Berliner Forschungsinstituts für Bildungs- und Sozialökonomie (FIBS) vom Juli dieses Jahres spricht sogar 200.000 qualifizierten Personen, die bis in die Mitte der 2020er fehlen werden. Besonders dramatisch die Situation in den neuen Bundesländern. Steigende Studierendenquoten und ein breites Angebot an Studienfächern sind danach ein zentrales Mittel, um den Akademikerbedarf zu decken.

DIE LINKE findet, es ist an der Zeit ist, wieder breit in Bildungsinstitutionen in der Fläche zu investieren. Die Studierendenquote muss dauerhaft auf mindestens 40 Prozent erhöht und Studiengebühren genauso zurückgedrängt werden wie viele Numeri clausi an den Hochschulen. Mit einer deutlichen Erhöhung des BAföG muss der sinkenden Bildungsbeteiligung entgegengewirkt werden.